Landtag Rheinland-Pfalz
18. Wahlperiode

Drucksache 18/12259
05.06.2025

ANTRAG

der Gruppe FREIE WÄHLER

Entschließung

„Psychische Gesundheit junger Menschen stärken – Versorgung verbessern, Fachkräfte fördern“

Der Landtag stellt fest:

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz ist zunehmend belastet. Aktuelle Erhebungen – etwa die COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf und Versorgungsdaten der Kassenärztlichen Vereinigung – belegen einen deutlichen Anstieg psychischer Erkrankungen wie Angststörungen, Depressionen oder Essstörungen. Auch psychosomatische Beschwerden haben spürbar zugenommen. Gleichzeitig bestehen lange Wartezeiten auf Therapieplätze – insbesondere in ländlichen Regionen – und erhebliche Versorgungslücken.

Laut Landespsychotherapeutenkammer fehlen in Rheinland-Pfalz derzeit mindestens 200 zusätzliche Kassensitze – davon ein erheblicher Teil in der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie. Die Bedarfsplanung bildet die reale Nachfrage nicht angemessen ab. Fachverbände und wissenschaftliche Institutionen kritisieren die derzeitige Bedarfsplanung daher als unzureichend. Auch der Bundespsychotherapeutenkammer zufolge bedarf es dringend einer kind- und jugendgerechten Neuausrichtung.

Trotz vorhandener Ausbildungsangebote – etwa an der Universität Trier, der RPTU Kaiserslautern-Landau oder am Pfalzklinikum Klingenmünster – reicht die Anzahl der Aus-

bildungsplätze für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten nicht aus, um den aktuellen und zukünftigen Bedarf zu decken. Der Fachkräftemangel verschärft diese Entwicklung zusätzlich.

Die bestehenden Herausforderungen sind auf Landes- wie Bundesebene erkannt. Während bundesrechtliche Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle spielen, bestehen auch auf Landesebene Handlungsspielräume, welche gezielt zur Verbesserung der Versorgung beitragen und zukunftsweisende Impulse setzen können.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

1. die psychotherapeutische Bedarfsplanung in Rheinland-Pfalz kurzfristig zu evaluieren und nachjustieren zu lassen, insbesondere durch ein kinder- und jugendspezifisches Modul in der Planung und parallel eine Bundesratsinitiative zur Reform der Bedarfsplanungs-Richtlinie des G-BA einzubringen;

2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass zusätzliche Kassensitze freigegeben werden, und bis zur Umsetzung entsprechender Bundesregelungen eigene Übergangslösungen zu schaffen, zum Beispiel durch Unterstützung befristeter Behandlungsangebote in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung und geeigneten Einrichtungen;

3. ein landeseigenes Förderprogramm zur Ausbildung und Niederlassung von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten aufzulegen, das Ausbildungsplätze ausweitet, finanzielle Anreize zur Niederlassung in ländlichen Regionen schafft, sowie Kooperationen mit Hochschulen und Weiterbildungsinstituten stärkt.

Für die Gruppe
(Lisa-Marie Jeckel, MdL
Stellvertretende Vorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführerin der
Gruppe FREIE WÄHLER)